

1. VIII. 1917

* Die einheitliche Straßenbahnart. In der unter Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy heute stattgehabten Sitzung der Finanzkommission wurde die Vorlage über die Einführung eines einheitlichen Straßenbahntarifs verhandelt. Den Gegenstand referirte technischer Rath Joseph Valtni. Als Erster sprach zum Gegenstand Gustav

G. Ehrlich, der sagte, im Wiener Gemeinderath sei darauf hingewiesen worden, daß Budapest ein Auskommen mit einem Zwanzigheller-Tarif findet, während in Wien der einheitliche Tarif mit 22 und 32 S. eingeführt werden soll. Er nimmt die Vorlage, die im Interesse eben der mittellosen Klasse gelegen ist, an. Dr. Salomon Eulenberglodt das Vorgehen der Zwanzigerkommission, die ausgesprochen hat, daß das Plus aus dem neuen Tarif von den Gesellschaften für ihre Angestellten verwendet werden muß. Julius Szekula gibt zu, daß die Tarifrevision manche Vortheile bringen würde, trotzdem sei er aus finanziellen und Verkehrsrücksichten gezwungen, die Vorlage abzulehnen. Nachdem Joseph Szabó sich für die Vorlage erklärt hatte, sprach Dr. Signund Szabó, der die Vorlage im Interesse des Publikums selbst annimmt, denn die Tarifrevision werde die Fahrten auf langen Strecken verbilligen. Bela Percekl bedauert, daß Dr. Wilhelm Vázsonyi und die übrigen Demokraten nicht anwesend sind. Die Bestimmung der Vorlage daß das Einnahmeplus für die Angestellten verwendet werden müsse, sei werthlos, weil für die Einhaltung derselben keine Sanktion geschaffen sei. Wie wichtig eben auf diesem Gebiete energische Maßnahmen sind, erhelle aus der Zahlungsliste der Straßenbahn. Das Jahresgehalt von 230 Beamten beträgt 1.100.000 K. Demgegenüber hat der Generaldirektor allein ein Jahreseinkommen von 450.000 K. und den zwölf Direktionsmitgliedern werden an Jahresremunerationen 674.000 K. ausbezahlt, während die sechs Direktoren 95.000 K. an Remuneration erhalten. Das Gehalt des Betriebspersonals: Kondukteur, Wagenführer und Kontrollore bewegt sich im Rahmen von 4 K. 30 S. und 6 K. 9 S. per Tag, wobei zu bemerken ist, daß circa 40 Prozent dieses Lohnes als Zuschlag erscheint, der im Krankheitsfalle oder an den freien Tagen in Abzug gebracht wird. Diese Thatsachen verbieten es ihm, der Vorlage zuzustimmen. Bürgermeister Stephan Bárczy erklärt, die Tarifrevision werde mehr Vortheile bringen als Nachteile. Was die Forderungen der Hauptstadt betrifft, so werde ein Kompromiß mit den Gesellschaften geschlossen werden müssen. Wenn man auch die Gesellschaften nicht zwingen könne, den Wunsch der Hauptstadt betreffend die Verbesserung der Lage der Angestellten zu erfüllen, so sei Redner democh überzeugt, daß die Gesellschaften nach dem Kriege für ihre Angestellten viel größere Summen verwenden werden müssen, als was das Plus aus dem einheitlichen Tarif ergeben wird. Bezüglich der 24 Heller-Karten sei mit den Gesellschaften noch keine Vereinbarung zustande gekommen. Die Forderung der Hauptstadt werde jedoch auch bis dahin eine moralische PreSSION auf die Gesellschaften üben. Es sprachen noch Dr. Emerich Németh und Julius Szekula, worauf die Vorlage mit großer Majorität angenommen wurde. Dieselbe gelangt am 11. Juli vor die Generalversammlung.